

## **Offener Brief an die Bundesregierung z. Hd. Beamtenministerin Gabriele Heinisch-Hosek**

Wien, am 24. November 2013

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die Vorgangsweise der Bundesregierung in der Gestaltung des Lehrer/innendienstrechts löst bei der Elternvertretung an den Bundesschulen, insbesondere beim **Verband der Elternvereine an den höheren und mittleren Schulen Wiens**, großen Unmut aus. Die öffentliche Polemik gegenüber der Lehrer/innenvertretung verdeckt, dass der Regierung in diesem Entwurf trotz der Marathonverhandlungen kein innovativer Schritt gelungen ist. Alte Forderungen zu **mehr Leistungsanreiz** und **strukturierten Laufbahnangeboten** für Lehrer/innen bleiben unerfüllt. Das Dilemma der ungeklärten Qualifikationskriterien für Schulleiter/innen bleibt unbehandelt. Die Koordination der vielfältigen Aufgaben innerhalb einer Schule, von der Kernaufgabe der Lernangebote, der Leistungsfeststellung und -beurteilung, der psychosozialen und medizinischen Betreuung, der administrativen und organisatorischen Leitung und dem wirtschaftlichem Management bis zur pädagogischen Leitung, ist im Dienstrechtsentwurf überhaupt nicht abgebildet.

Es zeugt von einer **überheblichen** und **demokratiepolitisch bedenklichen Haltung**, dass ein Begutachtungsprozess mit der öffentlichen Aussage der zuständigen Ministerin, dass man „die Einwände nicht durcharbeiten wolle“, abrupt abgebrochen wird.

Wir erwarten,

- dass dieser Entwurf umgehend zurückgezogen wird, da er ein Schlag in das Herz der Schulpartnerschaft ist!
- dass in ein neues Lehrer/innendienstrecht unter Berücksichtigung der Erfordernisse moderner Schulorganisation die lange angekündigte Reform der Schulaufsicht integriert und rasch umgesetzt wird!
- dass die Aufwertung der Elementarpädagogik endlich ehrlich diskutiert und integriert wird, wie es europäische Leitdokumente vorsehen!
- dass alle bildungspolitischen Maßnahmen unter dem Primat der **Qualität des Lernens** mit den legitimierten Vertreter/innen der Betroffenen im Dialog mit Expertinnen und Experten konzipiert werden!
- dass parteipolitische Raison bei sachpolitischen Diskussionen ebenso zurücktritt wie ihr Einfluss in der Besetzungspolitik und den Entscheidungsgremien der Schulverwaltung!

**Wir lehnen aus den genannten Gründen den derzeit diskutierten Gesetzesentwurf zu einem neuen Lehrer/innendienstrecht ab.** Wir äußern unsere Sorge bezüglich angedrohter gewerkschaftlicher Protestmaßnahmen, können aber die Motive der Gewerkschaft nachvollziehen und hoffen, dass alle Schritte des Widerstands in Abstimmung mit den anderen Schulpartnerkurien erfolgen.

Wir erwarten, dass das **Mandat der Schulpartner**, das im Schulunterrichtsgesetz für jede Schulart klar geregelt ist, auch bei wesentlichen schulpolitischen Entscheidungen ernst genommen wird! Wir Eltern vertrauen unsere Kinder dem Schulsystem an. Wir wollen, dass dieses System die **Qualität der Bildung** für unsere Kinder und Enkelkinder bestmöglich gewährleistet. Im Sinne des europäischen Bekenntnisses, dass „Ausgaben für die öffentliche Bildung Investitionen in die Zukunft sind“, fordern wir eine offensive Haltung der Bundesregierung und eine Fokussierung auf Inhalte, die Qualität gewährleisten! In der Öffentlichkeit wurde lediglich der Faktor der Gehaltskosten diskutiert.

Die erfolgreichen Schulsysteme Europas bauen auf eine Lehrerschaft auf, die hochgeschätzt und in der Öffentlichkeit geachtet ist. Wo es eine Ehre ist und einen erstrebenswerten Status darstellt, als Lehrer „arbeiten zu dürfen“, würden Verhandlungen über das Dienstrecht vermutlich anders verlaufen.

Die Bundesregierung, insbesondere Sie und Unterrichtministerin Dr. Claudia Schmied, haben in allen bildungspolitischen Stellungnahmen die Lehrerschaft als Blockierer abqualifiziert. In keiner der öffentlich inszenierten schulpolitischen Aussagen wurde das Faktum bedacht, dass Schulbildung immer nur so gut sein kann wie die Lernmöglichkeiten, die der einzelne Lehrer/die einzelne Lehrerin den Schüler/innen bietet. Diese Verantwortlichkeit wird durch die zentralistischen Systemkonzepte ignoriert, die in allen Qualitätssicherungsmodellen bisher vorgelegt wurden. Sie wird auch durch die Maßnahmen des Dienstrechtsentwurfs nicht berücksichtigt, da dieser der **Eigenverantwortung der Lehrpersonen** kein Augenmerk widmet.

**35 Verhandlungsrunden allein sind kein Garant für Qualität**, zumal bei der Regierung weder Wertschätzung für die Lehrer/innen, *die* Leistungsträger im Schulsystem, noch die gebührende Achtung und Aufmerksamkeit gegenüber Erwartungen und Wünschen der anderen Schulpartnerkurien erkennbar waren.

**Wir erwarten, dass die neue Bundesregierung in einem zukunftsorientierten und innovativen Ansatz den Fragenkomplex eines neuen Lehrerdienstrechts unter Berücksichtigung der Meinung und Interessen aller betroffenen Schulpartner neu in Angriff nimmt.**

**Wir fordern von allen Delegierten im Parlament und im Bundesrat, dass sie, ungeachtet parteipolitischer Disziplin, ihr Mandat zur Verhinderung dieses Flickwerks wahrnehmen.**

Wir stehen als Vertretung der Eltern an Wiener Bundesschulen – einem Viertel aller österreichischen AHS, BMS und BHS sowie der Wiener Zentrallehranstalten – als kritische Gesprächspartner gern zur Beratung eines wirklich neuen und zukunftsorientierten Gesetzes zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Mag. Johannes Theiner, *e.h.*  
*Vorsitzender*

Arja Krauchenberg, BA, *e.h.*  
*Schriftführerin*